

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 17. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Versteuerte Rationalisierung

Die neuen Steuergesetze der neuen Regierung sind für die Arbeiterschaft alles andere als erfreulich. Aus der Fülle dessen, was durch sie dem deutschen Volke zugemutet wird, ragt eine Neuerung als Dokument des wirtschaftspolitischen Unverstandes weit hervor. Es ist die sogenannte Warenhaussteuer. Sie ist ein Zuschlag zu der Umsatzsteuer, deren Charakter als reine Massensteuer ganz unumstritten ist. Die Umsatzsteuer, die bis zu der Brüning'schen Steuerregelung 0,75 Proz. betrug, ist um 0,10 Proz. auf 0,85 Proz. erhöht worden. Sie ist bei jedem Verkaufsakt zu entrichten, und zwar von allen Industrie- und Handelsunternehmungen. Auf diese 0,85 Proz. kommt nun noch ein Zuschlag von 0,50 Proz. für die Handelsunternehmungen, die vorwiegend im Einzelhandel, also an den letzten Kunden verkaufen und deren Umsatz eine Million Mark pro Jahr übersteigt. Da hiervon in erster Linie die großen Warenhäuser und die Konsumvereine betroffen werden, wird diese erhöhte Umsatzsteuer auch kurz als Warenhaussteuer bezeichnet.

Soweit der Tatbestand. Nun einige Worte der steuerpolitischen Würdigung. Wir wollen hier davon absehen, daß die Schultern der Arbeiterschaft durch jene steuerpolitische Ungeheuerlichkeit noch schwerer belastet werden, als es bisher schon der Fall war, da es neben den großen Warenhäusern vornehmlich ihre Eigenunternehmungen, die Konsumvereine sind, die jene Sondersteuer zu tragen haben. Hier sei nur festgestellt, daß die erhöhte Umsatzsteuer zu einer Strafsteuer für den Großbetrieb wird. Warum und wofür nun wird dieser bestraft? Die Antwort auf das „warum“ ist nur politisch zu geben. Wir haben im „Deutschland der Dichter und Denker“ eine parlamentarische Partei, die bewußt auf irgendeinen ideenmäßigen Unterbau ihres Wollens und Wirkens verzichtet, sondern deren Programm sich in der Gegnerschaft zu zwei Steuern (Hauszins- und Gewerbesteuer) und der behördlichen Wohnungsbewirtschaftung erschöpft. Es ist das die Wirtschaftspartei, an deren Spitze die Ironie des politischen Geschehens einen deutschen Universitätsprofessor, also einen beruflichen Nachfahren von Kant, Nietzsche und Hegel, gespült hat. Die Wirtschaftspartei hat, da sie sich als die Interessensvertretung des gewerblichen kleinen Mittelstandes ausgab, auf Grund ihrer Stimmenzahl im deutschen Reichstag 23 Mandate erhalten. Jetzt muß sie für ihre Wähler, die kleinen Ladenbesitzer und Gemüsehändler, auch etwas Praktisches tun, und dazu schien ihr eine Sonderbesteuerung deren großer Konkurrenten, also der Konsumvereine und der Warenhäuser, ein wirksames Mittel zu sein. Das zur „Geschichte“ dieser Steuer. Nun zum Strafpunkt. Der handelsmäßige Großbetrieb wird durch die erhöhte Umsatzsteuer mit Strafe belegt, weil er rationeller und deshalb billiger als der Kleinbetrieb arbeitet. Derartige „Verbrechen“ werden in Deutschland von

heute bestraft, dann würde der Großbetrieb teurer arbeiten als der kleine Handelsladen und diesem ein weniger gefährlicher Konkurrent sein, dann entfielen für die sogenannten Mittelstandsparteien jeglicher Grund, durch steuerpolitische Maßnahmen gegen das leistungsfähige Großunternehmen vorzugehen.

Diese Sondersteuer und vielmehr noch die durch sie bezeichnete Richtung der Steuerpolitik kreuzt auch die Interessen der Arbeiterschichten. Das Riesenheer der augenblicklich erwerbslosen Menschen ist eine Erscheinung der gewaltigen Krise, die Deutschland zurzeit durchlebt, aber auch eine Folge der scharfen und vielfach übersteigerten Rationalisierung. Alle Zweige der deutschen Industrie haben sich durch verschärfte Anwendung maschineller Arbeitskraft, durch Zusammenschlüsse zu Großunternehmungen und durch Neuerungen betrieblicher Arbeitsmethoden modernisiert und dadurch die menschliche Arbeitskraft weitgehend ausgeschaltet. Die Arbeiterschaft hat die Lasten jenes gigantischen Rationalisierungsprozesses zu tragen. Sie befehdt diesen trotzdem, wenn auch unberechtigte Uebersteigerungen mit Recht bekämpft werden. Nur eins verlangt sie, daß ihr das zum Leben unbedingt Notwendige auch dann gegeben wird, wenn die Wirtschaftsnot ihr den Eintritt in die Tore der Betriebe versperrt. Aber auch das will man ihr von jenen Parteien und Volksgruppen nicht geben, die andere Bevölkerungszweige über den Steuerweg davor schützen, Opfer der Rationalisierung zu werden. Hierfür bieten die Warenhaussteuer und der Kampf um die Erwerbslosenfürsorge in ihrer Gegenüberstellung ein Schulbeispiel mittelständischer Klassenkampfpolitik. Nirgends aber tut eine Rationalisierung so dringend not, wie im deutschen Handelsgewerbe. Dafür einige Zahlen. Während sich in Industrie und Handwerk von 1907 bis 1925 die Zahl der Betriebe um rund 8 Proz. verminderte, erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Handelsunternehmungen um 43 Proz. Hieraus spricht deutlich, daß das deutsche Handelsgewerbe stark überseht ist. Die Folge ist eine über das normale Maß weit hinausgehend notwendige Lagerhaltung. Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß beim deutschen Kleinhandel allein für rund 6,1 Milliarden Mark Waren auf Vorrat lagern. Diese Summe frisst alljährlich fast eine Milliarde an Zinsen, die natürlich der Konsument im Warenpreis mitbezahlen muß. Die Lagerhaltung ließe sich durch eine Verminderung der kleinen „selbständigen“ Handelsgeschäfte stark einschränken, wodurch einmal Riesenmengen an Kapital frei werden und zur Entspannung auf dem Kapitalmarkte beitragen würden, wodurch andererseits aber auch durch eine Minderung der Lagerhaltungskosten Preissenkungen die Wege geebnet werden könnten. Das alles sind Folgewirkungen des in der Handelsbranche rationell arbeitenden Großbetriebes, an denen auch die Arbeiter und Angestellten

als Kunde wie als Arbeitnehmer interessiert sind, die aber verhindert werden durch steuerpolitische Maßnahmen der jetzigen Regierung.

Noch eine zweite, sozialpolitisch sehr unerwünschte Folge muß die Sonderbesteuerung des Großbetriebes zeitigen. Im deutschen Kleinhandelsgewerbe, auf das ja die erhöhte Umsatzsteuer zugeschnitten ist, waren nach der letzten Berufs- und Betriebszählung 672 500 Betriebe vorhanden, in denen rund 1,5 Millionen Personen beschäftigt wurden. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Verkaufspersonal, aber auch gewerbliche Arbeiter fanden im Handelsgroßbetrieb in stattlicher Zahl Beschäftigung. Von den 672 500 Kleinhandelsbetrieben beschäftigten rund 95,6 Proz. nur bis zu fünf Personen, 4,3 Proz. der Betriebe umfaßten 5 bis 50 Personen und nur 0,1 Proz. oder 871 Betriebe beschäftigten über 50 Personen. In den Großbetrieben des Einzelhandels, also in denen,

die über 50 Personen beschäftigten, wurden 135 400, in den Mittelbetrieben 307 100 Beschäftigte gezählt. Diese beiden Gruppen, also die mit fremden Arbeitskräften arbeitenden, werden in erster Linie von der Sondersteuer erfaßt, während die Kleinbetriebe bis zu fünf Personen, in denen über eine Million Menschen Beschäftigung fanden, davon verschont bleiben. Diese eine Million der in den ausgesprochenen Kleinbetrieben Beschäftigten besteht aber fast durchweg aus den selbständigen Ladenbesitzern und deren Familienangehörigen. Die Steuerlast ist also jenen Betrieben aufgebürdet, die sie durch Entlassungen und Lohndruck auf die Arbeitnehmerschaft abwälzen können und, wie wir aus der Erfahrung wissen, auch abzuwälzen versuchen werden. Dem kann nur die Gewerkschaftsmacht entgegenwirken, die, wie so oft, auch hier das wieder gutmachen muß, was man der Arbeiterschaft auf anderem Wege nimmt. F. D.

6. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Die 6. Bundesausschußsitzung am 5. Mai im Berliner Gewerkschaftshaus wurde von Peter Graßmann eröffnet mit Mitteilungen über die Zusammensetzung des Lehrkörpers der neuen Bundeschule. Zum Leiter der Bundeschule hat der Bundesvorstand den Direktor der Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Dr. Seelbach, berufen. Als Lehrer sind ferner der Arbeitsrechtler Dr. Guskow, der bisher beim Deutschen Eisenbahner-Verband tätig war, und Dr. Grosse, der insbesondere an der Volkshochschule Leipzig als Lehrer wirkte, gewonnen worden. In diesem Zusammenhang kam Graßmann auch auf eine Bemerkung zu sprechen, die sich in dem Tätigkeitsbericht der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in dem Abschnitt über die Bildungseinrichtungen der freien Gewerkschaften findet. Dort wird die Behauptung aufgestellt, daß die Kosten für die Bundeschule in Bernau aus dem Ruhrfonds, der den Gewerkschaften seinerzeit von Seiten der Regierung bewilligt worden ist, bestritten worden seien. Der Bundesvorstand hat gegen diese in keiner Weise begründete, leichtfertig aufgestellte Behauptung in einem Schreiben an die Vereinigung ausdrücklich protestiert und gefordert, daß sie öffentlich widerrufen werde. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat diesen Widerruf auch in ihrer Antwort zugesagt und im „Arbeitgeber“ veröffentlicht. — Der nationalsozialistische Innenminister Thüringens, Fricke, hat im Laufe des Feldzuges, den er gegen die Volkshochschulen Thüringens, insbesondere gegen Arbeiterbildungseinrichtungen führt, auch die Gelder für die Heimvolkshochschule Tinz vertragswidrig um zwei Drittel gekürzt. Ueber die Stellungnahme der Gewerkschaften gegen dieses unerhörte Vorgehen braucht kein Wort verloren zu werden. Da ein Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet worden ist, werden sie zunächst den Ausgang abwarten. Der Bundesvorstand hat die Fortsetzung des jetzt laufenden Kurses gesichert. — Graßmann berichtete sodann über eine Reihe von Anträgen auf Gelbbewilligungen, von denen nur einer hervorgehoben sei: Der Bundesvorstand hat für das Konjunkturforschungsinstitut weitere 5000 Mk. bewilligt und gleichzeitig zwei weitere Vertreter und zwei Stellvertreter ins Kuratorium des Instituts entsandt. — In einem kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen über eine Reihe noch vorliegender Gesetzentwürfe erwähnte Graßmann insbesondere die Entwürfe zu dem Arbeitsschutzgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz, dem Bergarbeitsgesetz und dem Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit Jugendlichen in der Glasindustrie. Besondere Maßnahmen vorzuschlagen, um den Zustrom junger Erwerbssuchender für einzelne Gewerbe abzdrosseln, muß der Bundesvorstand ablehnen. Er hält es nur für möglich, die Jugendlichen davor zu warnen, Berufe zu ergreifen, in denen das Mißverhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsgelegenheit besonders kraß ist. — Demnächst wird in einer Sonderbeilage der „Gewerkschafts-Zeitung“ über die vom Bundesvorstand durchgeführte statistische Erfassung der Tarife berichtet werden. Ferner werden in den nächsten Wochen in einer besonderen Broschüre die agrarpolitischen Fragen zur Erörterung gelangen; die Darstellung wird nur informativ Charakter tragen. — Graßmann schloß seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes mit einem Überblick über den Stand der Arbeiten des Dierländer-Komitees, das vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzt worden ist, um die Arbeitsverhältnisse, insbesondere in der fran-

zösischen Metallindustrie (niedrige Löhne, hohe Arbeitszeit, Ueberstundenunwesen und dadurch erleichterte Konkurrenzmöglichkeiten für die französische Eisenindustrie) zu erforschen und über die Wege zu ihrer besseren Gestaltung zu beraten. Das Komitee wird vermutlich im August wieder zusammentreten.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorsitzenden gab Schlimme (Bundesvorstand) einen Bericht über die Regelungen, die mit den verschiedenen Gewerkschaften, insbesondere dem Gesamt-Verband getroffen worden sind, um die Rechte der Mitglieder der Filmgewerkschaft zu wahren, die bekanntlich am 30. April aus dem ADGB ausgeschieden ist. Außerdem behandelte er die Frage der Anerkennung der 25jährigen Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. Es ist über die Stellung der Verbände eine Umfrage veranstaltet worden, die ergab, daß die große Mehrzahl der Organisationen Mitglieder, die im Laufe von 25 Jahren verschiedenen Verbänden angehört haben, aber den Nachweis dieser Mitgliedschaft erbringen können, ebenso behandeln, wie die Mitglieder, die 25 Jahre einem Verband angehört haben. Diesen Standpunkt hält auch der Bundesvorstand für den allein richtigen.

Spliedt (Bundesvorstand) sprach über die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sehr ungünstige Zahlen aufweist und über die zukünftige Entwicklung keine günstige Prognose zuläßt. Der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung bleibt im Gegensatz zu der von den Gewerkschaften gewünschten Regelung auf 3½ Proz.; der feste Zuschuß des Reiches beträgt 150 Millionen; der sogenannte Notfonds soll mit 80 Millionen gespeist werden. Tatsächlich wird man nur mit einer Zuschußmöglichkeit von rund 200 Millionen rechnen können, mit denen man aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auskommen wird. Die Absichten der neuen Reichsregierung sind noch nicht bekannt, es ist nur vorgesehen, daß das Reichsarbeitsministerium bis zum 15. Mai Vorschläge über den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben machen soll. Auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung soll Vorschläge unterbreiten. Daß im Vorstand der Reichsanstalt eine Einigung auf bestimmte Vorschläge erzielt werden kann, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Die nächsten Monate werden daher neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung bringen. Aus diesem Grunde hat der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, in der unter dem Hinweis auf frühere Stellungnahmen des Bundesausschusses, unter denen insbesondere die auf der letzten Ausschußsitzung gefaßte Entschließung hervorzuheben ist, erneut zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung genommen wird.

Der Bundesausschuß trat sodann in eine Debatte über den Bericht des Vorsitzenden ein und nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Der Bundesausschuß des ADGB. betont erneut, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Lasten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Großgrundbesitz gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigsten Posten des Sozialstaats unerträgliche Kürzungen vorgenommen. Daher ist es zurzeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der verschiedenen bürgerlichen Parteien abzuwehren und die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, welche wichtigen sozialen Errungenschaften auf dem Spiel stehen und welche Ziele die neue Bürgerblockregierung verfolgt. — Gegenüber den auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen erhebt der Bundes-

ausschluß angeht, der anhaltend furchtbaren Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und verstärktem sozialem Schutz. Zum ersteren gehört neben der wiederholten geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Nationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zum stärkeren Ausbau der Notstandsarbeiten und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaus, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus; zum zweiten ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot. Die Zahl von 300 000 Hauptunterstützungsempfängern in der Krisenfürsorge, die trotz der starken Beschränkungen der Zulassung bereits überschritten worden sein dürfte, läßt erkennen, wie außerordentlich hoch die ständig wachsende Gesamtzahl der ausgegrenzten oder kurzfristig Beschäftigten tatsächlich ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April d. J. wurden rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgegrenzt. Die Städte, die jetzt bereits rund 300 000 Erwerbslose in der Wohlfahrt zu betreuen haben, können weitere Lasten auf die Dauer nicht tragen. Der Bundesausschuß fordert daher die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle, insbesondere auch auf die hauptberuflichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer."

Bei Beginn der Nachmittagsitzung teilte Graßmann mit, daß Theodor Leipart vor einigen Tagen nach Wiesbaden fahren konnte — ein Zeichen dafür, daß seine Genesung in jüngster Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat. Die Gewißheit ist gegeben, daß Leipart durch die Kur in Wiesbaden seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit völlig wiedererlangen wird.

Graßmann gab dann weiter bekannt, daß der Bundesvorstand als stimmberechtigte Delegierte zum Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm die Kollegen Leipart, Graßmann, Umbreit und Eggert vorschlägt, dazu die Kollegin Hanna als Vertreterin ohne Stimmrecht. Außerdem sind acht stimmberechtigte Delegierte und drei weitere Vertreter zu wählen. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundes im IGB. und die Aufgaben des Stockholmer Kongresses hob Graßmann hervor, daß die Frage des Sitzes des IGB. und die Wahl des Generalsekretärs auch den bevorstehenden Kongress beschäftigen werden.

Zu dem sozialpolitischen Programm, das von dem Kongress des IGB. beschlossen werden soll, lag ein Entwurf vor. Er wird später zur Erörterung gestellt. Es entspinnt sich daher zunächst eine Debatte über die Bestimmung des Sitzes und die Wahl des Generalsekretärs sowie des Vorsitzenden, ferner über die Zusammensetzung der deutschen Vertretung. Es wurde mehrfach betont, daß eine Verlegung des Sitzes von Amsterdam nach Berlin dem Gedeihen und der Aktivität des IGB. sehr zuträglich wäre. Zu Delegierten werden einstimmig gewählt: die Kollegen Baetz, Bernhardt, Schumann, Scheffel, Brandes, Reichel, Schrader, zu Stellvertretern Mahler, Brey, Ströhlinger, Pucher, Hufemann sowie die fünf vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidaten.

Zum Entwurf eines Internationalen sozialpolitischen Programms sprach Umbreit: Zwei Hauptpunkte hat der IGB. auf der Tagesordnung des Stockholmer

Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik. Natürlich ist es nicht das erstemal, daß der IGB. sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Unsere ganze Arbeit vor dem Kriege war der Sozialpolitik gewidmet und die hauptsächlichsten Vorarbeiten zur internationalen Washingtoner Arbeiterkongresskonferenz sind auf den internationalen Gewerkschaftskongressen von Bern und Leeds geleistet worden. Auch nach dem Kriege hat der IGB. wiederholt sozialpolitische Fragen behandelt, und besonders seine Mitarbeit am Internationalen Arbeitsamt in Genf ist vorwiegend sozialpolitischen Inhalts. Aber was ihm bisher fehlte, das war ein sozialpolitisches Programm, das die Arbeit in den angeschlossenen Ländern nicht bloß einheitlich inspiriert und vorwärts treibt, sondern auch die gemeinsame internationale Arbeit möglichst auf den gleichen Nenner bringt. Damit soll natürlich nicht verbunden sein, daß der sozialpolitische Fortschritt in den einzelnen Ländern abhängig gemacht wird von dem Tempo der rückständigen Staaten. Nun handelt es sich bei der internationalen Sozialpolitik aber nicht um den Arbeitsschutz allein, sondern es gehören dazu auch die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Tarifverträge, das Schlichtungswesen, die Arbeitsgerichte, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, der Wanderverschutz, das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht usw. In weiterer Auffassung gehören auch der Lohnschutz und das ganze Arbeitsvertragsrecht, die Wohnungsfürsorge, die Jugendfürsorge und viele andere Zweige des öffentlichen Wirkens dazu. Es ist eine Frage der Erziehung und der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Stärke und Aktionskraft in den einzelnen Ländern, von denen jeder Fortschritt abhängt. Der Erziehung zum Fortschritt soll aber gerade das sozialpolitische Programm des IGB. dienen, und es soll dazu beitragen, die Arbeiterschaft überall zur Stärkung ihrer Organisation anzuspornen, damit diese Fortschritte verwirklicht werden. Ein internationales Sozialprogramm soll den Genossen in den rückständigen Ländern die Arbeit erleichtern, ohne den Kampfesifer in den fortgeschrittenen Ländern abzuschwächen.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß zugestanden werden, daß es sich bei dem Programmentwurf des IGB. im wesentlichen um einen deutschen Entwurf handelt, der in Amsterdam noch eine Reihe von Erweiterungen erfahren hat. Was dabei herausgekommen ist, das ist ein Entwurf, der aus einer Einleitung und 16 Abschnitten mit zahllosen Einzelheiten und Sozialforderungen besteht, von denen ich fürchte, daß, wenn sie von den Verbandsvorständen unter die Lupe genommen werden, sie deren Ansprüchen nicht einmal genügen, sondern noch vervielfältigt werden könnten.

Eine wesentliche Vereinfachung des Entwurfs als internationale Diskussionsgrundlage ist also nicht zu vermeiden. Ein internationales Programm muß knapp und weitgesteckt sein, muß große Ziele enthalten, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. Sache der Landeszentralen wird es dann sein, die Lücken bis zu jenen Zielen auszufüllen, sei es durch spezielle Durchführungsbeschlüsse zur Aktion oder durch Agitationschriften zur Propaganda. Freilich müssen die Ziele im Bereich des gewerkschaftlichen Vermögens

„Dank“ des Reeders für schwere Arbeit auf See



Am 2. Dezember 1929 verließen wir mit dem Dampfer „Emshörn“ der AG. für Handel und Verkehr den Hafen von Emden zu einer Reise nach Neapel. Bis zum englischen Kanal war das Wetter ziemlich gut. Am 4. Dezember aber fing es derart an zu wehen, daß wir uns in ein paar Stunden in einer himmelhohen See befanden. Unsere Ladung bestand aus Koks und Kohlen. Das Schiff war über 30 Jahre alt und ächzte in allen Verbänden. Ich war auf Wache von 4 bis 8 Uhr. Abends zwischen 7 und 8 Uhr kam ein so gewaltiger Brecher über, daß wir glaubten, das Ende sei da. Das Schiff richtete sich jedoch wieder auf, aber wie sah es aus? Neben einigen Verheerungen auf der Back war die Luke 1 auf dem Vordeck eingeschlagen. Jede überkommende See spülte gewaltige Wassermengen an Deck. Ein Bullauge der Kapitänskajüte war eingeschlagen. Wir befanden uns in einer kritischen Situation. Wenn die Luke nicht gedichtet werden konnte, waren wir verloren. Es gelang uns, die zertrümmerte Luke mit Planken zu vernageln und mit Persenninge (geteerte Segeltücher) abzudecken; diese Gefahr war zunächst abgewendet.

Als wir nach der Wache unser Logis aussuchten, fanden wir ein Hallenschwimmbad mit künstlicher Regeneinrichtung vor. Das Deck leckte wie ein Sieb. Wir mußten notgedrungen „wegen

feuchter Wohnung“ ausziehen und quartierten uns in Ermangelung anderer geeigneter Räume im Kohlenbunker ein. Im Bunker lagen Teppiche und Läufer zum Trocknen, aus denen wir uns „Chaiselongues“ und „Reservebetten“ herstellten. Als Kopfkissen diente ein Stück Kohle. An Waschen war natürlich nicht zu denken. In kurzer Zeit sahen wir aus wie die Neger. In der Kombüse hatte „Rahmus“ derartig gehaust, daß an die Zubereitung von warmem Essen nicht zu denken war. Unseren Hunger stillten wir mit Hartbrot und Cornedbeef. Währenddessen jummte der Pott auf der himmelhohen See, als wollte er jeden Augenblick umkippen. Wir bewunderten und bedauerten unsere Kollegen Heizer, die wie Akrobaten mit der Kohlenschaukel vor den Feuern jonglierten, um Dampf für die Maschine zu halten.

Ein Tag in dieser Hezenschaukel war herum und meine Abendwache war beendet. Meine „Chaiselongue“ im Kohlenbunker war befeht und so entschloß ich mich, die Freiwache auf den Greeting über den Kessel zu verbringen. Wenn auch diese Rundeisenstäbe kein ideales Nachtlager sind, so war es doch hier trocken und warm und ich konnte mein klatschnasses Zeug trocknen. Ich merkte, wie das Schiff in der groben See eine Drehung nach Steuerbord machte, das Ruder mußte Steuerbord hart überliegen. Da schreckte mich der Ruf meines Kollegen: „Kum an Deck, das Ruder ist brooken.“ Im Nu war ich an Deck. Ruderbruch bei diesem Wetter, das hatte gerade noch gefehlt. Ein hilfloses Wrack in diesem Hezenkessel. Vielleicht begann jetzt die letzte Reise.

liegen, dürfen keine Utopien sein, über die kein Gegner mit uns ernsthaft streitet, und die höchstens die Kommunisten reizt, uns beim Wort zu nehmen. So hat es z. B. keinen Zweck, heute allerorts den Sechsstundentag zu fordern, selbst wenn wir überzeugt wären, daß die rationalisierte Wirtschaft mit sechs Stunden täglicher Arbeitszeit heute vielleicht schon auszukommen vermöchte — weil die Gewerkschaften keines Landes ernsthaft an die Er kämpfung desselben heranzutreten vermöchten. Dagegen wäre der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche oder selbst die Fünfeinhalbtagewoche als Ziel noch immer weitreichend genug, um die Kräfte anzuspornen, wenn die allgemeine Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, die den einzelnen Ländern die freie Wahl für die Durchführung läßt, nicht ausreichen sollte.

Daß man für Jugendliche neben der Ausdehnung des Schulkalters bis zum 18. Jahre obligatorischen Fach- und Fortbildungsunterricht unter Einrechnung der Schulzeit in die Arbeitszeit fordern muß, weiterhin Ausschluß von der Bergarbeit unter Tage und von gesundheitschädlichen Beschäftigungen, ist wohl selbstverständlich. Weniger verständlich erscheint aber die Forderung längerer Ruhepausen als für erwachsene Arbeiter, zumal dies die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitsprozeß erschwert. Dies gilt auch für Frauen. Dagegen würde ich ein unterschiedsloses Verbot der Nachtarbeit befürworten, ausgenommen für solche Betriebe, in denen die technische Natur der Arbeit es erfordert oder wo es im öffentlichen Interesse oder in Fällen von Gefahr erforderlich ist. Für kontinuierliche Betriebe ist an dem Grundsatz festzuhalten, daß die Wochenarbeitszeit der darin beschäftigten Arbeiter nicht länger währen darf als die der übrigen Arbeiter. Hier mögen durch Springer- und Wechselschichten die Voraussetzungen für eine normale Beanspruchung der Arbeiter gesichert werden. Für die Arbeitszeit im allgemeinen ist noch zu sagen, daß der Grundsatz der maximalen Begrenzung einer schärferen Betonung bedarf und daß Arbeitszeitverlängerungen durch Ausnahmen unter erschwerte Bestimmungen und verschärfte Kontrolle zu stellen sind. Für Sonntagsarbeit hat wie für Nachtarbeit der Grundsatz zu gelten, daß ein Verbot für alle Fälle zu verlangen ist, in denen nicht der kontinuierliche Betrieb technisch erforderlich ist oder öffentliche Interessen, allgemeine Bedürfnisse oder höhere Gewalt sie bedingen. In allen Fällen darf die Wochenarbeitszeit durch solche nicht verlängert werden. Der Grundsatz höherer Bezahlung für Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit ist festzuhalten.

Was den Gefahrenschutz betrifft, so könnte man, wenn man den Forderungen einzelner Berufskongresse folgen wollte, allein ein ganzes Buch von Forderungen zusammenbringen. Da aber die internationale Aktion gerade auf diesem Gebiete über die Anfänge wenig hinausgekommen ist, so ist gerade hier eine weise Vorsicht und Zurückhaltung am Platze. Immerhin wird man Forderungen, wie der Gleichstellung von Berufskrankheiten mit den Unfällen sowie der Aufstellung einer internationalen Giftliste zustimmen können.

Für die Heimarbeit ist der Ausschluß gesundheitschäd-

licher Arbeitsprozesse sowie der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln festzuhalten. Hinsichtlich der Lohnämter und Mindestlöhne sollte man sich auf die Heimarbeit beschränken und auf den Versuch verzichten, sie auf andere Gewerbe zu übertragen.

Der Abschnitt „Tarifverträge“ betont allzusehr die freie Vereinbarung, als ob die Gewerkschaften samt und sonders Gegner von Zwangstarifen wären, namentlich auch, wenn sie den Unternehmern durch andere Mittel, als allein durch gewerkschaftliche Kraft aufzuzwingen wären. Wer die tarifliche Abneigung des Unternehmertums kennt, wird mit der Forderung tariflicher Regelung aller Arbeitsverhältnisse nicht bei der Freiheit der Arbeitgeber haltmachen können.

Der Punkt 16 bedarf einer besonderen Würdigung; hier wird Trennung von Arbeits- und Mietvertrag, daneben besonderer Schutz der Bewohner von Werkwohnungen verlangt. Für ein internationales Programm dürfte meines Erachtens die erste Forderung ausreichen. Die Forderung einer längeren Kündigungsfrist hat natürlich ihre Schattenseiten hinsichtlich der Bindung der Arbeitnehmer bei Streiks. Daß aber der Entlassungsschutz für Arbeiter und Angestellte verschieden behandelt und für letztere allein eine besondere Entlassungsschutzbedingung gefordert werden könne, erscheint mir völlig unerfindlich. Der Bundesvorstand hat in dieser Hinsicht den Forderungen des Aft-Bundes noch niemals nachgegeben und würde es international erst recht nicht verantworten können. Diese Forderungen sind übrigens vom Vorstand des IGB. in Amsterdam gegen den Willen des Vertreters des ADGB. in den Entwurf aufgenommen worden.

Der Bundesvorstand erbittet vom Bundesausschuß die Vollmacht, mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Sozialpolitik im Bundesbüro den Entwurf einer Nachprüfung und Vereinfachung unterziehen zu dürfen, wobei Anträge, die der Bundesausschuß annimmt oder überweist, nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß der Entwurf an der Hand dieses deutschen Antragsentwurfs in Stockholm von den Sozialpolitikern der vertretenen Länder ein bis zwei Tage vor dem Kongreß einer Vorberatung unterworfen werde, damit der Kongreß zu einem befriedigenden Ergebnis kommen kann.

In der Diskussion wurden Einwände gegen einzelne Teile des Entwurfs erhoben und Anregungen zur Ergänzung und Abänderung des Entwurfs gegeben.

Gegen das Kapitel „Arbeitsvertrag“ bestehen weitgehende Bedenken, die sich namentlich auf die dort vorgesehene unterschiedliche Behandlung der Arbeiter und Angestellten beziehen.

Graßmann machte noch aufmerksam auf die Internationale Hygieneausstellung in Dresden. Er empfahl, gewerkschaftliche Tagungen dort abzuhalten, um den Kollegen Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung zu geben.

Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alles zu beiseitigen, was einen Menschen von dem anderen, eine Klasse von der anderen, ein Geschlecht von dem anderen in Abhängigkeit oder Unfreiheit erhält.
A. Bebel.

Don der Rudermaschine zum Ruder war ein Leitungsgestänge gebrochen. Wir hatten das Schiff nicht mehr in der Gewalt. Man merkte es an den Brechern, die jetzt mit doppelter Gewalt über Deck tobten. Alles hing davon ab, so schnell wie möglich das Handruder auf dem Achterdeck einzuschäkeln, um das Schiff wieder in die Gewalt und vor die See zu bekommen. Als dies endlich gelang, wurde die Ruderleitung repariert. Während dieser Zeit bedienten wir mit zwei Mann das Handruder und erhielten die Ruderkommandos durch Pfeifensignale von der Brücke. Gegen Morgen war die Arbeit glücklich beendet, die Ruderleitung wieder intakt, so daß die Rudermaschine die Bedienung des schweren Ruders wieder übernehmen konnte. Naß, hungrig und müde, hatten wir nur den Wunsch — schlafen. Ich wartete noch mit dem Zimmermann auf dem Achterdeck, bis das Schiff wieder mit der Nase auf der See lag, um sicher nach mittschiffs zu kommen. Da ertönt ein starker Knall das Toben der See. Was war geschehen? Am Ruderquadrat war ein Schäkkel gebrochen und das Ruder war wieder unbrauchbar. Wieder trieb das Schiff in der tobenden See.

Die Müdigkeit war verschwunden. Der Schaden mußte behoben werden. Das Gewinde des Schäkkelbolzens war aber derart eingeroftet, daß wir diesen austauschen mußten. Kostbare Zeit ging damit verloren. Wir setzten einen neuen Schäkkel ein und sicherten die Steuerkette außerdem noch mit einem Drahtstropp. Nachdem das Ruder wieder einreguliert war, ging das Schiff wieder mit

halber Kraft vor die See. Wir hatten 20 Stunden unermüdet gearbeitet und davon 16 Stunden mit dem Handruder gesteuert und waren zum Umfallen müde. Der Sturm tobte mit unermüdeter Heftigkeit und jagte eine Sturzsee nach der anderen über Deck. Selbst die ältesten Kollegen unter uns wußten sich nicht zu entsinnen, je solch Wetter erlebt zu haben.

Aber wir sollten noch nicht zur Ruhe kommen. Eben hatten wir den zweiten Schaden beseitigt, als die Leitung von der Rudermaschine zum Ruder aufs neue brach. An einem Gestänge war nunmehr ein Auge abgerissen und das Ruder zum drittenmal unbrauchbar. Gerade war es, als hätte der Teufel seine Hand im Spiele. In unserem erschöpften Zustande war an eine gründliche Reparatur des Bruches nicht zu denken. An Stelle der gebrochenen Stange spleißten wir einen Drahtstropp zwischen die Ruderketten. Mit dieser so geschwächten Ruderleitung war an eine Fortsetzung der Reise nicht zu denken. Der Kapitän entschloß sich nunmehr, Fallmouth als Nothafen anzulaufen, wo wir glücklich und ohne weiteren Zwischenfall am 11. Dezember ankamen. Wir hatten also in sieben Tagen eine Strecke zurückgelegt, zu der normalerweise 36 Stunden genügt. Im Hafen lagen bereits etwa 50 Schiffe in Schutz vor dem Unwetter. Einige Schiffe hatten Leute der Besatzung verloren, die im englischen Kanal ihr Seemannsgrab fanden.

Wir machten uns nun an die Beseitigung der Sturmschäden. Ruderleitung und Luken wurden wieder instand gesetzt. Die Luken-

Tariffähigkeit der Unorganisierten?

Die wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerverbände, die sich im Januar 1929 zu einer „Kampfgemeinschaft wirtschaftsfriedlicher Arbeitnehmerverbände“ zusammengeschlossen haben, verlangen als tariffähig anerkannt zu werden. Die Tariffähigkeit soll dazu dienen, Werkstarifverträge abzuschließen zu können. Dieses Ziel wird auch von den Arbeitgeberverbänden als die idealste Auswirkung der Tarifvertragsordnung der Volksbeauftragten gepriesen. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Förderer der wirtschaftsfriedlichen (lies: gelben) Gewerkschaften berufen sich zur Begründung für ihre Forderung sogar auf die Verfassung. Auf einmal ist ihnen die Weimarer Verfassung heilig. In einer Broschüre des Reichsbundes der vaterländischen Arbeitervereine: „Rechtsgutachten zu der Frage der Monopolstellung der drei herrschenden Gewerkschaftsrichtungen“ heißt es auf Seite 31:

„Hier steht mehr auf dem Spiele. Es stehen die Grundlagen der Verfassung von Weimar, überhaupt das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie in Frage.“

Daß sich ausgerechnet die wirtschaftsfriedlichen deutschnationalen Werksvereine auf die Weimarer Verfassung berufen, ist eine Ironie der Weltgeschichte. Damit allein beweist aber der Rechtsgutachter dieser Herren nicht, daß die „Wirtschaftsfriedlichen“ tariffähige Gegenspieler im Wirtschaftsleben sind.

Die Arbeitgeberverbände wollen mit Hilfe der Werksvereine die Bezirks- und Reichstarifverträge beseitigen. Man fordert für den einzelnen Betrieb den Abschluß von Werkstarifverträgen. Hierzu wollen nicht nur die Wirtschaftsfriedlichen hilfreiche Dienste leisten, sondern — die Gegensätze berühren sich — auch die Kommunisten. In Tausenden von Artikeln, Richtlinien und Resolutionen wird außerdem verlangt, daß die Führung der Lohnbewegungen usw. den „revolutionären“ Unorganisierten mit übertragen werden soll. Diese sollen also tariffähig werden.

Nun bemühen sich auch schon einige namhafte Juristen, um dieser neuen Ideologie den Rechtsboden zu verschaffen. In dem Organ „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“, Heft 3, 1930, wird in einem Artikel „Tarifangehörigkeit“ über dahingehende Versuche berichtet. In dem Artikel wird mitgeteilt, daß im September 1929 in München eine Tagung von Juristen stattgefunden hat, die sich mit dem kommenden Tarifvertragsgesetz beschäftigt hat. Grundlage für die Aussprache waren zwei Gutachten von Lautner und Nipperdey. Als Kernstück der Aussprache ist folgende Formulierung anzuspochen:

„Die Berufung auf den Tarifvertrag (siehe § 1 Abs. 2 der Tarifvertragsverordnung vom 23. 12. 1918) bei Abschluß des Arbeitsvertrages wird übereinstimmend . . . abgelehnt; überdies aber auch . . . die freiwillige Unterwerfung unter den Tarifvertrag, beide, weil kein Bedürfnis danach besteht.“ (Die Entwürfe für das deutsche und das österreichische Tarifvertragsgesetz.) „Der Standpunkt der Entwürfe, daß der Tarifvertrag wohl eine Einschränkung, aber nicht eine Erweiterung des Kreises der Tarifangehörigen, insbesondere also nicht eine Ausdehnung der Tariffähigkeit auf Außenleiter vornehmen dürfe . . . wird gebilligt.“

Diese Auffassung wird in dem Entwurf Nipperdey (S. 162) besonders nachdrücklich vertreten. Der Unorganisierte soll von dem

Recht des Tarifvertrages nicht mehr erfaßt werden, wenn dieser eine Abänderung erfährt, wenn ein Widerruf vorgenommen wird oder vom Arbeitsgericht auf Unzumutbarkeit der Erfüllung des Tarifvertrages entschieden wird. Nipperdey läßt unter Berufung auf Hueck die Einbeziehung der Unorganisierten durch den Tarifvertrag überhaupt als „unpraktisch“ fallen, weil damit eine organisierte Minderheit eine unorganisierte Mehrheit von Betriebsarbeitern unter das Recht des Tarifvertrages stellen kann.

Was wäre die Folge, wenn diese freundlichen Absichten Gesetz werden könnten. In Deutschland würden rund sieben Millionen unorganisierter Arbeitnehmer nicht mehr von dem Recht der Tarifverträge erfaßt werden. Die Berufung auf den Tarifvertrag, die bisher der Schlußsatz des § 1 der Tarifvertragsordnung vom 23. Dezember 1918 vorsieht, würde nicht mehr erfolgen können. Den rund fünf Millionen organisierten Arbeitnehmern würde es dann, bedingt durch die Schmutzkonkurrenz der unorganisierten Arbeiter und Angestellten, sehr schwer möglich sein, Verbesserungen der Tarifverträge zu erreichen oder Verschlechterungen abzuwehren. In der jetzigen Krisenzeit würden die „revolutionären“ Unorganisierten den organisierten Arbeiter auf die Straße setzen helfen und damit den Abbau des Tarifvertragsrechts herbeiführen. Wir hoffen beständig zu erhalten, daß die Juristen, die in München versammelt waren, nicht mit Absicht auf diesen Zustand hinarbeiten wollen. U. A. W. G.

Ehe diese Antwort erfolgt, bitten wir die Herren, die Praxis des Lebens zu studieren, um die tatsächliche Entwicklung der Dinge kennenzulernen. In fast allen Tarifverträgen wird bestimmt, daß der Tarifvertrag für alle in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer gilt. Diese Bestimmung ist aus den Erfordernissen des Wirtschaftslebens entstanden. Die Arbeitgeber gehen damit die Verpflichtung ein, daß auch für den Unorganisierten unabhängiges Tarifvertragsrecht gewährleistet werden soll. Diese Vereinbarungen ermöglichen überhaupt erst die Anwendung der tariflichen Arbeitsvereinbarungen, die über den reinen Achtstundentag hinausgingen. Im übrigen wird mit den Vorschlägen Nipperdey und anderer die Organisationsklausel eingeführt. Bislang wurde aber die Organisationsklausel von allen Juristen und auch von der Rechtsprechung als ein Verstoß gegen die guten Sitten verurteilt. Nipperdey will (S. 166) die Organisationsklausel hinterherum durch „den freien Willensentschluß des Arbeitgebers zur Anwendung bringen“. Dem Arbeitgeber will er das Recht zusprechen, zu entscheiden, ob der Tarifvertrag im Betrieb nur für die organisierten tarifgebundenen oder auch noch für die unorganisierten Arbeiter gelten soll. In Krisenzeiten würden die Arbeitgeber den Tarifvertrag natürlich auf den Kreis der organisierten Arbeiter beschränken, um sich die Schmutzkonkurrenz der Unorganisierten zu sichern. Daß diese Regelung tatsächlich ein Verstoß gegen Treu und Glauben werden muß, scheint den Herren Juristen nicht bewußt zu sein.

Ebenso unhaltbar ist ein Vorschlag des Ministerialrats

persenninge, getrocknet und geflickt. Ausgewechselt konnten sie nicht werden, da nur eine neue in Reserve vorhanden war. Die See hatte auch eins von unsern beiden Rettungsbooten zertrümmert. Eine Reparatur war nicht möglich. Wir drangen deshalb auf Ersatz, da nach unserer Meinung das eine Boot für die 27 Mann starke Besatzung nicht ausreichen konnte. Man rechnete uns aber auf den Quadratzentimeter genau vor, daß — für die 27 Paar Beine — in dem Boot Platz genug sei. Es geht doch nichts über ein bißchen Mathematik.

Don unsern Strapazen „erholten“ wir uns bei Salzfleisch und Cornedbeef und verließen nach beendigter Reparatur und mit nur einem Rettungsboot am 18. Dezember den Hafen von Fallmouth. Nach einer weniger beschwerlichen Fahrt kamen wir am 23. Dezember in Neapel an.

Die überstandene Sturmfahrt war für uns Veranlassung, den Heiligabend besonders zu feiern. Wenn wir dabei etwas tiefer ins Glas schauten als üblich und als manchem von uns zuträglich war, so ist das wohl zu verstehen. Nicht nur die hinter uns liegenden gemeinsamen Erlebnisse waren die Ursache — und Wirkung der genossenen Getränke — auch der bittere Groll, dieses Fest nicht im Kreise der Familie feiern zu können, tat sein übriges. Als der Bootsmann sich mit „starker Schlagseite“ in seine Kammer zurückziehen wollte, begleitete ich ihn. An der Kombüse unterhielten wir uns mit einem Steuermann unter anderem auch über die sehr

mangelhafte Beköstigung auf unserem Schiff. Dies hatte wohl der Kapitän gehört, da er plötzlich auf der Bildfläche erschien. Wahrscheinlich glaubte er, seine Autorität sei durch solche „revolutionären“ Reden in Gefahr. Er stellte sie rasch wieder her, indem er — den angetrunkenen und wehrlosen Bootsmann mit der Faust ins Gesicht schlug, daß dieser an Deck stürzte. Zum Glück — für diesen „Held“ — haben wir nicht „gleiches mit gleichem“ vergolten.

Silvester wurde an Bord auf Kosten der Reederei gefeiert. Ins Matrosenlogis kamen am Silvesterabend für die sechs Insassen eine Flasche Rum und 25 Zigaretten — pro Nase also 4 1/2 Stück. Wahrscheinlich wollte die Reederei damit ihren Dank für unsere mühevollen Arbeit bei Beseitigung der Havarien während der Sturmfahrt abtun, für die wir ja sowieso nichts als unsere Feuer zu verlangen haben. Auch dann nicht, wenn wir dem Reeder damit große Werte retten oder erhalten. Unsere Kollegen aus dem Heizerlogis fürchteten wahrscheinlich für den Jahresabschluß der Reederei; sie verzichteten daher großmütig.

Wir hatten uns aber doch geirrt. Wir erhielten noch unseren „Dank“: Als wir am 28. Januar 1930 unsere Reise in Emden glücklich beendet hatten, wurden wir alle wegen „Auflegens des Schiffes“ abgemustert. Der Reeder hatte Schiff und Ladung in Sicherheit, jetzt konnten wir stempeln gehen.

Wer wagt noch daran zu zweifeln, daß das Seemannsleben lustig ist!?

Fr e d r i c h S c h ü l e r j u n . , E m d e n .

Dr. Sighlers (S. 166, Abschnitt V). Dieser schlägt vor, daß der Betriebsrat berechtigt sein soll, durch eine dem Arbeitgeber abgegebene schriftliche Erklärung die unorganisierten Arbeiter dem Tarifvertrag zu unterstellen. Vielleicht wird dieser Gedanke auch auf das Finanzwesen übertragen und es dem einzelnen überlassen, Steuern zu zahlen. Mit dem Vorschlag Sighler wird eigentlich die Tariffähigkeit der Unorganisierten zum Abschluß eines Paralleltarifvertrags anerkannt. Ein Bezirkstarifvertrag würde dann durch eine ungezählte Zahl von Werkstarifverträgen ergänzt werden können. Vielleicht ergreift die KPD. den kleinen Finger, um mit der ganzen Hand die volle Tariffähigkeit des Vereins der Unorganisierten mit allen Rechtsfolgen durchzusetzen. Die Einheitsfront der gelben und der „revolutionären“ Unorganisierten würde dann die vierte „Gewerkschaftsrichtung“ aufbauen können.

Die eigentlich von allen Seiten anerkannte Unabdingbarkeit der Tarifverträge kann nur garantiert sein und bleiben, wenn

alle unorganisierten Arbeiter (dazu zählen auch die gelben) von dem maßgebenden Tarifvertrag automatisch ergriffen werden. Der durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung erfasste Außenseiterbetrieb muß den auf ihn übertragenen Tarifvertrag als Mindestrecht unabdingbar erfüllen. Dieselbe Rechtswirkung muß auch für den unorganisierten Außenseiter im tarifgebundenen Betrieb gelten. Der Praxis, die diese Forderungen fast restlos erfüllt, muß die Gesetzgebung folgen. Die von uns kritisierten Vorschläge laufen darauf hinaus, fünf bis sieben Millionen Arbeitnehmer vom Geltungsbereich der Tarifverträge herauszunehmen und diese zu verdammen, übelste Schmutzkonkurrenz zu treiben. Das mag den Interessen rückständiger Arbeitgeber dienen, aber nicht denen der Arbeitnehmer. Wenn die Juristen über Arbeitsrecht schreiben, dann sollen sie bedenken, daß **A r b e i t s r e c h t** einheitlich gleiches Recht sein soll und daß es in allererster Linie zum Schutz der Armen und Schwachen ausgestaltet werden muß. **P a u l S c h u l z**.

Die freien Gewerkschaften und die KPD.

Die deutsche Arbeiterbewegung leidet unjagbar unter der fruchtlosen Spaltung in mehrere Richtungen. Statt alle Kräfte gemeinsam einzusetzen, wird durch gegenseitige Bekämpfung viel Kraft unnütz vertan und viel guter Wille verzettelt. Wichtige Maßnahmen können oft wegen der gegenseitigen Bekämpfung nicht oder nur mangelhaft durchgeführt werden. Bei den in unserem Verbandsbereich nunmehr zum allergrößten Teil durchgeführten Betriebsratswahlen hat dieser Kampf wiederum Formen angenommen, die den Vorstand des Gesamt-Verbandes zwingen, gegen die Führer der sogenannten revolutionären Opposition bestimmte Maßnahmen zu treffen. In einigen zum Glück nicht allzu zahlreichen Orten mußten unbelehrbare Kollegen ausgeschlossen werden. Diese harte, der Verbandsleitung aufgezwungene Maßnahme wird leider nicht in allen Kreisen unserer Mitgliedschaft verstanden.

Es macht sich deshalb notwendig, erneut die Arbeit der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften zu besprechen.

Den deutschen Kommunisten ist von der Moskauer Zentrale eine schwierige Aufgabe gestellt worden. Sie sollen den achtunggebietenden Apparat der freien Gewerkschaftsbewegung unter ihre Gewalt bringen. Die Führung der freien Gewerkschaften soll in die Hand der kommunistischen Parteileitung gelegt werden. Auf die Förderung der den Gewerkschaften zustehenden besonderen Aufgaben kommt es den Kommunisten nicht an. Sie brauchen vielmehr Instrumente der Weltrevolution. Jahrelang prophezeien die Kommunisten hier wie anderwärts den bevorstehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und den Beginn der Weltrevolution. Immer wieder wird auch der notleidenden russischen Bevölkerung der baldige Ausbruch der Weltrevolution und damit der Beginn des goldenen Zeitalters vorgegaukelt. Das geht nun schon seit einem Jahrzehnt, ohne daß auch nur ein beachtlicher Erfolg der Politik der Kommunisten festzustellen wäre. Im Gegenteil. Eine Führergarnitur nach der anderen wirtschaftet sich ab. Immer neue bisher unbekannte Männer übernehmen die inzwischen so und so oft geänderte Generallinie der bolschewistischen Politik. Was gestern richtig war, ist heute falsch und umgekehrt. Wer gestern als vollendeter Führer schier angebetet und umjubelt wurde, verfällt heute der allgemeinen Verachtung und der schmutzigsten Beschimpfung.

Sehr interessant ist, was ehemalige Kommunisten zu dieser Veränderung der Parteilinie und zu dem fabelhaften Verbrauch an Kräften in der KPD. sagen. Der bekannte inzwischen aus der KPD. ausgetretene Reichstagsabgeordnete Dr. Artur Rosenbergs hat der Zentrale der KPD. seinerzeit ein Schreiben zugeleitet, das in seinen ersten Zeilen folgenden Wortlaut hat:

„Es zeigt sich immer mehr, daß die unaufhörlichen Niederlagen der 3. Internationale nicht allein aus äußeren Ursachen zu erklären sind, sondern daß hier ein Grundfehler des Systems vorliegt. Das moderne Sowjetrußland beruht auf dem Kompromiß des qualifizierten russischen Arbeiters mit dem besitzenden Bauerntum und darüber hinaus auf der national-russischen Demokratie. Daher wäre Sowjetrußland der natürliche Verbündete der nationalen Freiheitsbewegung des Auslandes sowie der gemäßigten Kompromißbereiten aufbauwilligen sozialistischen Arbeiterschichten. Die kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands dagegen müssen sich, um ihre Sonderexistenz zu rechtfertigen, auf die ärmsten, radikalsten, kompromißfeindlichsten und antinationalen Arbeiterschichten stützen. Auf der anderen Seite soll aber die Komintern die politische Linie Sowjetrußlands nicht durchkreuzen. So ergeben sich untragbare Widersprüche. Aus den Widersprüchen entstehen die ständigen taktischen Schwankungen, die Fehler, die Niederlagen.“

Die freien Gewerkschaften gehen zwangsläufig den Weg zäher Arbeit mit dem Ziele schrittweiser Verbesserung der Arbeits- und

Lohnverhältnisse der werktätigen Bevölkerung. Kein vernünftiger Mensch kann den Erfolg dieser oft außerordentlich schwierigen Arbeit bestreiten. Schritt für Schritt sind die in ihrer Mitgliederzahl leider noch immer nicht genügend stark ausgebauten Gewerkschaften vorwärts gedrungen. Einige Jahrzehnte zäher Einsatz der freien Gewerkschaftsbewegung hat tiefe Spuren in die Geschichte eingegraben. Den Kommunisten fällt die schwierige Aufgabe zu, diese Spuren zu verwischen, die sichtbaren Erfolge und Fortschritte herabzusetzen, und, wo irgend möglich, weitere Erfolge unmöglich zu machen. Erst wenn ihnen dies gelingt, haben ihre Pläne einige Aussicht auf Erfolg. Die kommunistische Parteiarbeit in den Gewerkschaften kann unter Umständen deshalb außerordentlich schädlich, für die Gewerkschaften geradezu lebensgefährlich werden.

Während den Unorganisierten der Vorwurf gemacht werden muß, daß sie durch ihr Fernbleiben den Fortschritt des gewerkschaftlichen Einflusses hemmen, muß den Kommunisten der schwere Vorwurf gemacht werden, daß sie innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nichts unversucht lassen, um irgendwelche Erfolge zunichte zu machen. Sie sind gewerkschaftsfeindliche Kräfte innerhalb der Gewerkschaften.

Es ist die Grundaufgabe der Kommunisten, jeden sich anbahnenden Erfolg, noch bevor er zur Auswirkung kommt, unmöglich zu machen. Wenn der Erfolg nicht verhindert werden kann, wird er in Wort und Schrift herabgesetzt. Auf irgendwelche Erfolge bei der Bemessung der Arbeitszeit, bei der Festsetzung der Löhne, bei der Gestaltung der Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen usw. kommt es den Kommunisten eben gar nicht an. Das wird zwar erfahrungsgemäß in geschickt demagogischer Weise vor der Masse immer wieder bestritten. Aber in den Anweisungen an die Funktionäre und in Zusammenkünften der Vertrauensleute der KPD. kommt das mit der wünschenswerten Klarheit zum Ausdruck. In den soeben erlassenen neuen Richtlinien für die bolschewistische Kommunalarbeit wird zum Beispiel darauf hingewiesen, daß alle demokratischen Illusionen zu überwinden seien und daß gezeigt werden müsse,

„daß außerhalb des Kampfes um die Macht die Verwirklichung selbst der bescheidensten Reformen erfolglos sei.“

Daraus kommt es an — und das gestaltet die den Kommunisten von Moskau erteilten Aufgaben so schwierig, daß den Arbeitern weis gemacht werden soll, starke Gewerkschaften wären ohne jeden Einfluß. Bevor nicht die Weltrevolution herbeigeführt wäre, seien irgendwelche Fortschritte nicht möglich. Diese durch nichts begründete Behauptung ist es auch immer wieder, die denkende Gewerkschafter der kommunistischen Partei entführt. Wie schrieb doch der bekannte Chemnitzer Gewerkschafter Siegmund:

„Der Hauptgrund meines Austrittes aus der KPD. liegt nachdrücklich darin, daß es unter allen Umständen notwendig ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhalten. Wer mitten im politischen Leben steht, wer die hagerfüllten Kämpfe in den politischen Versammlungen und auf der anderen Seite die wirtschaftliche Not und den Uebermut der Unternehmer aus nächster Nähe miterlebt hat, der weiß, daß die Gewerkschaften noch die einzige Plattform sind, von der aus der wirtschaftliche Kampf des Proletariats einheitlich geführt werden kann; sie sind der einzige wirtschaftliche Machtfaktor, vor dem die Unternehmer noch Respekt haben und der in weiterer Erstarkung in der Lage ist, das Los der Arbeiterklasse einigermaßen erträglich zu gestalten.“

Dem Arbeiter im Betriebe liegen gewiß die Bestimmungen seines Arbeitsvertrages, der Wortlaut seiner Arbeitsordnung, die Gestaltung des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung usw. näher, als all die schönen Versprechungen der kommunistischen

Phrasen. Die Gewerkschaften können und dürfen sich deshalb in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder durch die wechselnden Parolen der Kommunisten nicht irre machen lassen.

Wir sind im Besitze von Referentenmaterial über den ersten Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Berlin. In diesem Material wird als Generallinie der deutschen kommunistischen Politik folgendes wörtlich bezeichnet:

„Der Kongress hat die Aufgabe, den breitesten Schichten der Arbeitermassen den Weg zu zeigen, den sie gehen müssen, um den Angriff des Unternehmertums zurückzuschlagen und zum Gegenstoß überzugehen und den Kampf zu organisieren. Als das einzig mögliche und wirksamste Mittel wurde der Streik im Betrieb, der einzelnen Industriezweige bis zum Massenstreik im Referat des Genossen Merker bezeichnet. Im akuten Stadium der Massenbewegung wird sich der Kampf steigern müssen bis zum bewaffneten Aufstand der Arbeitermassen gegen die Bourgeoisie.“

Die Auffassung der Kommunisten und der Gewerkschafter stehen sich unvereinbar gegenüber. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften der Zerstörungsarbeit der Kommunisten nicht tatenlos zusehen können. Die kommunistische Parteileitung beauftragt ja immer wieder erneut ihre Mitglieder und Vertrauensleute, Zerstörungsarbeit im Sinne der Kommunisten in den Gewerkschaften zu leisten. Die vor einiger Zeit zunächst für das Reich und dann auch in den einzelnen Bezirken veranstalteten Kongresse der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition hatten keine anderen Aufgaben, als den Kampf gegen die Gewerkschaften erneut zu verstärken. Es ist deshalb notwendig, die Art und Weise des Vorgehens der Kommunisten von Zeit zu Zeit erneut vor der Öffentlichkeit zu erörtern. Leider gibt es in den Betrieben und unter den Erwerbslosen immer wieder Arbeiterinnen und Arbeiter, die den Kommunisten unwissend ins Garn laufen und nicht ahnen, zu welchem Zwecke sie mißbraucht werden. Ihnen muß immer wieder vorgehalten werden, was der Kommunist Schumacher einmal wörtlich erklärte:

„Wir müssen uns einen Apparat für das revolutionäre Proletariat schaffen. Der gegebene Apparat sind die Betriebsräte. Diesen Apparat müssen wir bearbeiten und ausbauen, aber nach einem festen Organisationsplan. Des Endresultat wird sein die Spaltung der Gewerkschaften, und darum müssen wir unser Möglichstes tun, um auch die Union dazu heranzuziehen. Unsere Taktik muß so gehen, daß wir die Verbandsbureaucratie dazu zwingen, die Opposition hinauszuerwerfen. Sie soll der treibende Keil der Spaltung sein.“

Was bisher durch die Kommunisten in den Gewerkschaften

nicht erreicht wurde, soll nunmehr über die Betriebsräte herbeigeführt werden. Mit allen erdenklichen Mitteln versucht die KPD, in den Betrieben Einfluß zu gewinnen. Skrupellos werden die Beschlüsse der Belegschaften mit Füßen getreten, wenn sie den Kommunisten nicht in den Kram passen. Unter Ausbringung aller Kräfte ist es der Bezirksleitung der KPD, in diesem Jahre gelungen, in 149 sächsischen Betrieben rote Listen den freigewerkschaftlichen Listen gegenüberzustellen. Das ist zwar ein erfreulich bescheidenes Resultat, wenn man daran denkt, daß in Sachsen 30 000 Betriebe in Frage kommen, in denen Betriebsräte oder Betriebsobleute zu wählen sind. Wer aber nur kommunistische Zeitungen liest, der muß den Eindruck fabelhafter Siege der Kommunisten bei den diesjährigen Betriebsratswahlen haben. Das war nun glücklicherweise nur journalistische Maché, die hier ausdrücklich festgestellt werden soll.

Dort, wo gewerkschaftlich organisierte Kollegen dennoch den Verlockungen der Kommunisten folgten, muß nunmehr von den Gewerkschaften scharf zugegriffen werden. Kein vernünftiger Mensch kann den Gewerkschaften Passivität zumuten. Wer auf den Listen der Kommunisten trotz Warnung durch die Gewerkschaften kandidiert, wird zum Helfer der Spalter. Diesen das Handwerk zu legen ist Aufgabe der Gewerkschaftsvorstände. Wenn auch hin und wieder einige Nachläufer der Unentwegten Zeter und Mordio über die erfolgten Ausschlüsse aus der freien Gewerkschaftsbewegung schreien. Der Schnitt muß gemacht werden. Die kommunistische Partei macht es in diesen Fällen ja übrigens nicht anders. Viel krasser als es in den Gewerkschaften je geschehen ist, schließen die Kommunisten nicht Unreue Anhänger aus ihren Reihen aus. Hunderte von Beispielen ließen sich da anführen.

Der unsinnige Versuch, die mächtigen Positionen der deutschen Arbeitererschaft, die Gewerkschaften zu erobern und für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen, muß mit allen Kräften abgewehrt werden. Die deutschen Gewerkschafter müssen immer mehr erkennen, daß die Politik der Kommunisten mit der Praxis der so bitter notwendigen Gewerkschaftsarbeit nicht in Einklang zu bringen ist. Kein Mitglied der Gewerkschaftsbewegung darf sich dazu mißbrauchen lassen, die Gewerkschaftsbewegung an den weiteren Bemühungen und an der weiteren Arbeit zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen zu hindern. Einheit und Geschlossenheit ist nach wie vor Voraussetzung für den Erfolg freigewerkschaftlicher Arbeit.

O. K.

Mitarbeit — Mitverantwortung — Auslese

Die Konzentration innerhalb der freigewerkschaftlichen Bewegung hat in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte gemacht: 1900 gab es 58 Verbände, 1913 war die Zahl auf 49, 1925 auf 40 gesunken. Heute sind es 31 Verbände, die dem ADGB angehören.

Die Notwendigkeit der Konzentration gewerkschaftlicher Kräfte ist unbestritten. Aber bei manchem alten, treuen und sehr rührigen Mitglied bestehen doch am Tage der Verschmelzung so mancherlei Bedenken. Man meint, es kann Entfremdung von liebgewonnenen Verbandsfunktionen, von liebgewonnener und zum Lebensinhalt gewordener Mitverantwortung an der Arbeit im und für den Verband, persönliche Entfremdung der Mitglieder untereinander eintreten. In unserem Gesamtverband trat das nicht ein, denn schon nach wenigen Monaten des Zusammenschlusses oder gerade deswegen bemerkten wir besonders intensives und vorwärtsstrebendes Leben der Mitgliedschaften und darüber hinaus eine Mitgliederzunahme in recht beachtlicher Form. Wieso war das möglich?

Aus den Erfolgen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um mehr Macht und Einfluß im Staat, in der Wirtschaft auf kulturellem Gebiet erkennt man die Mitarbeit des einzelnen Mitgliedes, Führertum und Gewerkschaftsstrategie. Voraussetzung dafür ist aber die Gestaltung des inneren Verbandslebens. Diese innenorganisatorische Arbeit muß sich auf dem Gebiet eines guten Pressewesens und der Bildungseinrichtungen entfalten, denn vor der geistigen Beschaffenheit der Funktionäre und der Mitglieder hängt der Erfolg aller Arbeit ab. Die geballte Faust ist heute nicht mehr die Verkörperung der Macht. Die Auslese der besten Männer und Frauen für die Aufgaben der Gewerkschaft, um überall die wirklich geeigneten Repräsentanten der Bewegung zu besitzen, ist heute dringender als je. Für die unzähligen Rückfälligen, für Imponderabilien auf diesem Gebiet hat heute die Arbeiterbewegung weder Zeit, noch darf sie dazu geneigt sein. Aber nicht zuletzt ist dem Aufbau des Verbandes das besondere Augenmerk zu widmen. Gelingt es, das Richtige zu treffen, dann wird weder Bürokratismus das wallende Leben der Mitglieder

vernichten, noch entsteht der Eindruck, die Mitglieder haben nichts mehr zu sagen.

Wie ist unser Gesamt-Verband aufgebaut? Es steht in den Satzungen. Der Abschnitt darüber wird man manchmal sogar gelesen. Und doch hören wir in den Versammlungen von kommunistischen Mitgliedern das Wort: Die Mitglieder haben nichts mehr zu sagen! Daß gerade die Mitglieder der KPD, am ungeeignetsten für eine solche Behauptung sind, wollen wir dabei nur feststellen, denn in ihrem Lager gibt es bekanntlich keine freie Meinung einzelner.

Sobald eine kleine Vereinigung zum großen Verband, zur Massenorganisation wird, dann muß das Vertretersystem entstehen. Solidarität und Disziplin erhalten größere Bedeutung.

Der Gesamtverband gliedert sich in Reichsabteilungen, denen zur Führung der Geschäfte eine aus 7 bis 15 Mitgliedern bestehende Abteilungsleitung beizugeben ist. Die Wahl erfolgt auf der Reichskonferenz, die Zahl der nicht besoldeten Mitglieder soll die der besoldeten übersteigen. Durch diese Gliederung werden die besonderen Interessen jeder Gruppe besonders wahrgenommen. Das kann natürlich nur im Rahmen der Gesamtpolitik des Verbandes erfolgen. Dann bestehen Reichsfachgruppen und Bezirksverwaltungen. Zur Führung der Geschäfte des Verbandes im Bezirk ist ein aus 7 bis 11 Mitgliedern bestehender Bezirksvorstand zu bilden, auch hierzu sind unbesoldete Mitglieder zu wählen. In den örtlichen Verwaltungen sind Vorstände zu wählen, und auch hier werden die unbesoldeten Mitglieder in der Mehrheit sein. Der Bezirksvorstand wird auf den Bezirksversammlungen, der Ortsvorstand auf den Jahresgeneralversammlungen gewählt.

Als Verwaltungsorgane des Verbandes sehen wir die Geschäftsleitung und den Verbandsvorstand. Auch beim Verbandsvorstand überwiegt die Zahl der unbesoldeten Mitglieder. Der Verbandsauschuß hat alle Beschwerden über die Geschäftsführung und Beschlüsse des Verbandsvorstandes zu erledigen. Mit dem Verbandsvorstand im Vertragsverhältnis stehende Verbandsangestellte dürfen nicht Mitglied des Verbandsauschusses sein. Zur

Mitberatung und Beschlußfassung in allen wichtigen Fragen, insbesondere solcher von grundsätzlicher Bedeutung steht dem Verbandsvorstand ein Beirat zur Seite. Auch hierzu werden die Mitglieder gewählt. Als höchste Instanz tagt der Verbandstag, der die Politik des Verbandes bestimmt, die Verbandsatzungen beschließt, den Verbandsvorstand, den Verbandsauschuß und die Revisionskommission wählt. Auf dem Verbandstag überwiegen die unbeforderten Mitglieder.

In den Orten kann eine weitere Gliederung der Mitgliedschaft nach Arbeitsgruppen bzw. Branchen erfolgen, es können auch örtliche Fachabteilungen eingerichtet werden.

Für alle Verbandskörperschaften besteht und muß das Vertretersystem bestehen. In einer Organisation von mehr als 700 000 Mitgliedern kann der Verbandstag nur aus Delegierten bestehen. Aber auch in einer größeren Ortsverwaltung können nicht alle Mitglieder die Verwaltung in den Händen haben. Es können immer nur einige sein, die, vom Vertrauen der Mitgliedschaft getragen, an eine herausgehobene und verantwortliche Stelle gesetzt werden. Durch das Delegiertensystem entsteht ein größerer, der großen Mitgliedschaft gegenüber sich verantwortlich fühlender Kreis. Dieser hat die Aufgabe, von sich aus die große Mitgliedschaft zur Mitarbeit anzuregen und zu unterstützen. Das Verbandsstatut bestimmt für Verwaltungsstellen mit über 3000 Mitgliedern die Übertragung der Befugnisse der örtlichen Generalversammlung an die Delegiertenversammlung. Immer wieder für die Mitglieder das wichtigste Amt der Auslese ihrer Besten.

Mit Ueberzeugung kann tatsächlich nicht behauptet werden, die Mitglieder haben nichts mehr zu sagen. Nein, das Mitbestimmungsrecht ist verantwortlicher gestaltet. Wir haben in unserem Gesamt-Verband nicht nur die zweckmäßigste Gliederung, sondern auch den besten Aufbau. Die wenigen Monate nach dem Zusammenschluß haben die intensive Teilnahme aller Mitglieder gezeigt, unser Gesamt-Verband wird weiter zunehmen und an Bedeutung gewinnen. Das bleibt Werk und Verdienst jedes einzelnen Mitgliedes.

G. Förster.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Panzerschiff B wurde am 8. Mai im Haushaltsauschuß des Reichstags mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordneten abgelehnt. Für den Bau des Schiffes stimmten die übrigen Fraktionen mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und eines Zentrumsabgeordneten, die sich der Stimme enthielten.

Beamtenregierung in Sachsen. Am 18. Februar trat das Kabinett Bünger offiziell zurück. Am 8. Mai erst ist eine neue Regierung zustande gekommen. Zum Ministerpräsidenten wurde der Präsident der Oberrechnungskammer Schiel gewählt, der im Einvernehmen mit den bürgerlichen Parteien zu weiteren Ministern ernannte: Ministerialdirektor im Finanzministerium Hedrich als Finanz- und Wirtschaftsminister, der bisherige Minister des Innern und Arbeitsminister Richter und der bisherige Justizminister Wansfeldt bleiben in ihren Ämtern. Das Volksbildungsministerium übernimmt der Ministerpräsident selbst.

Kollisionsläuf der Preußag. Bei Viernburg im Harz sind drei Kollisionsfälle der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. erfolgt. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Die drei Schächte repräsentieren einen Wert von 50 Millionen Mark.

Die Gewerkschaftsschule in Bernau wurde am 4. Mai eingeweiht.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft. Wir hatten in Nr. 43 der „Gewerkschaft“, Jahrgang 1929, gesagt, daß Dr. Luther, als er noch Reichskanzler war, einer Beamtendelegation die Konsumgenossenschaften als Einkaufsorganisationen empfohlen habe. Jetzt schickt uns die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels E. V. (Sitz Berlin, gez. Dr. von Deitius) eine „Berichtigung“. „Der Inhalt dieser Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen“ — so lautet der Kardinalsatz der „Berichtigung“. Aber jawohl, Herr Dr. v. Deitius, er entspricht den Tatsachen. Wir empfehlen als Beweislektüre die Nummern 32 (S. 387), 37 (S. 440) und 42 (S. 514), Jahrgang 1925 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, woraus zu entnehmen ist, daß das inkriminierte Verbrechen einer Empfehlung der Konsumvereine durch den Reichskanzler Luther am 10. Juli 1925 begangen worden ist. Der „Reichsverband deutscher Kolonial- und Lebensmittelhändler hat dagegen in einer heftigen Eingabe an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister protestiert und Herr Friß Borrmann, der heftigste Rufer im Streite der Händler gegen die Konsumvereine und Reichstagsabgeordneter dazu, hauchte den Herrn Reichskanzler Dr. Luther in einem offenen Briefe obendrein noch recht groß an. Auf Grund dieser Tatsachen gibt es nichts zu berichtigen.

Aus unserer Bewegung

Alzen. In der Vierteljahrsversammlung am 5. Mai erstattete Kollege Ruhlmann den Kassenbericht. Der Ortskassenbestand beträgt 485,34 Mk. Sämtliche Gelder werden sofort nach Eingang dem Mainzer Produktions- und Sparkonsum zugeführt und von diesem bankmäßig verwaltet. Verbandssekretär G. Winter, Frankfurt a. M., referierte über „Gesamt-Verband und Reichspolitik“. Er beleuchtete eingehend die gegenwärtige Reichspolitik und deren Auswirkungen, hob hervor, daß zurzeit die Not und Verarmung auf Reich, Länder und Gemeinden wie ein großer Alpdruck lasten. An Hand von Beispielen weist der Redner nach, daß man als Gewerkschafter nicht frei von Politik sein könne und es mit dem bloßen Beitragszahlen nicht abgetan sei, sondern daß jedes freigewerkschaftliche Mitglied sich politisch orientieren müsse bei derjenigen Partei, die mit den freien Gewerkschaften aufs engste verwachsen ist. Dies war von jeher die Sozialdemokratische Partei.

Blomburg. In der Mitgliederversammlung am 18. April gab Kollege Meißner, Hannover, einen Ueberblick über die Zusammenschlußbestrebungen der Wirtschaft und des Kapitals und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Arbeiterschaft. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde vom Kollegen Stöckneuel der Kassenbericht vorgelesen. Eine lebhaft ausgeführte Rede über die an einige städtische Arbeiter gezahlten Löhne gefolgt. Empörung herrschte darüber, daß der Stadtrat eine von der Fraktion der SPD. beantragte Lohnhöhung abgelehnt hatte. Die SPD-Stadterordneten-Fraktion soll gebeten werden, sich auch weiterhin für unsere Forderungen einzusetzen. Kollege Meißner wies auf Anfrage darauf hin, daß die Kraftwagenfahrer in unserem Verband gegen 30 Pf. Wochenbeitrag der Versicherung „Fakulta“ beitreten können und daß es notwendig sei, daß auch alle Kraftwagenfahrer unserem Verband angehören.

München. An der von mehr als 700 Funktionären besuchten Versammlung im Kolosseum referierte unter großem Beifall Kollege Cengersdorff, Berlin, über „Die deutsche Volkswirtschaft von 1924 bis 1930“. Er kam zu dem Ergebnis, daß wir noch für Jahre mit hohen Arbeitslosenziffern zu rechnen haben, da die Ursachen der wirtschaftlichen Krise nicht auf konjunkturelle, sondern mehr auf strukturelle Änderungen zurückzuführen sind. Diese auf Rationalisierung, ferner auf die mit dem Quotenkampf verbundene Zusammenballung gewaltiger Produktionsmittel zurückzuführenden Änderungen mußten mit Zwangsläufigkeit zur Stilllegung von Betrieben und damit zu großen Entlassungen führen. Die Kurzsichtigkeit der deutschen Arbeitgeber, das fließende Band einzuführen, ohne gleichzeitig für die gesteigerte Produktion auch die notwendige Kaufkraft zu schaffen, hat sich durch das Aufkaufen der Betriebe von den in dieser Entwicklung entstandenen Konzernen in ihrer Auswirkung nicht weniger an ihnen selbst gerächt. In dieser ihrer geschwächten Wirtschaftslage unterstützen gerade diese Teile der deutschen Unternehmer am nachhaltigsten den Kampf der Großindustrie und des Finanzkapitals gegen die Sozialpolitik und gegen die wirtschaftliche Betriebsführung der öffentlichen Hand, obwohl das scharfe Vorgehen der Industriegewaltigen vorwiegend auf Erreichung politischer Ziele eingestellt ist. Der Erfolg unserer bisherigen Kämpfe, also die errungene staatspolitische, soziale und wirtschaftliche Geltung der deutschen Arbeiterschaft ist gerade gegenwärtig in größter Gefahr, da die Presse unserer antisozialen Gegner seit Wochen eine Krisenstimmung verbreitet, die sich immer mehr panikartig auswirkt und unser ganzes öffentliches Leben beherrscht. Leider sind auch große Teile der deutschen Arbeiterschaft durch das Lesen bürgerlicher Blätter in diese Krisenstimmung miteinbezogen worden und glauben, an der sogenannten Rettung der deutschen Wirtschaft mithelfen zu müssen, trotzdem ihnen durch die Gewerkschaftspresse bekannt sein mußte, daß die deutsche Wirtschaft in ihrer innersten Struktur gesund ist und eine Produktionsmöglichkeit erreicht hat, wie sie in so kurzer Zeit noch kein Industrievolk geschaffen hat. Gegen diese Verzweiflungsstimmung innerhalb eines Teils der deutschen Arbeiterschaft den Kampf aufzunehmen, ist die gegenwärtige Parole der Funktionäre. Immer ergebiger und planmäßiger gestaltet sich die Produktion und schafft dadurch die Voraussetzung der Sozialisierung. In einem solchen wirtschaftlichen Entwicklungszustand kann es für einen überzeugten Gewerkschafter keine Hoffnungslosigkeit geben, sondern gerade jetzt heißt es alle Kraft einzusetzen und durch Aufklärung über den wirklichen Stand der deutschen Wirtschaft und der wirklichen Ziele der Reaktion, den Resonanzboden für die weiteren Kämpfe zum sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft zu schaffen. Dieser Kampf hat aber nur Erfolg, wenn die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung erhalten bleibt. Ueber die durchgeführten Betriebsräteahlen sowie über die auf der letzten Beiratskonferenz beschlossenen Satzungsänderungen und den Stand der Organisation referierte zum Schluß Kollege Engel.